

06:07

afp DEU021 4 pl 524 SVN /AFP-YP05

EU/Slowenien/Präsidentschaft/KORR

»Der westliche Balkan rückt auf der EU-Agenda nach oben

- Slowenien will sein Osteuropa-Knowhow beim EU-Vorsitz einbringen

Von N. Clemens Wortmann =

Ljubljana, 11. Dezember (AFP) - Zum Jahreswechsel gibt es in der EU eine symbolträchtige Premiere: Mit der Übergabe der halbjährlichen Ratspräsidentschaft von Portugal an Slowenien hat erstmalig eines der zehn neuen Mitgliedsländer den EU-Vorsitz - und erstmals auch ein slawisches Land. Das beeinflusst merklich die Ziele der Präsidentschaft: «Wir wollen jedes Land des westlichen Balkans individuell einen Schritt näher an die EU heranbringen», sagt der stellvertretende slowenische EU-Staatssekretär Gregor Krajc.

Wo die Slowenen über die treuhänderische Steuerung der längerfristigen Dossiers hinaus eigene Akzente setzen können, «werden wir uns auf die Ostpolitik konzentrieren, während Frankreich das Interesse im zweiten Halbjahr dann wohl eher auf den Süden, also den Mittelmeerraum orientieren wird», sagt Krajc in der Hauptstadt Ljubljana vor Berliner Journalisten. Auch im slowenischen Außenministerium wird diese spezielle Vermittlerrolle propagiert: «Wir verstehen den Balkan besser, haben aber dort keine besonderen Standpunkte oder Interessen», heißt es dort.

So gehe es in Mazedonien darum, über eine grundlegende Justizreform die EU-Fortschrittsberichte günstiger ausfallen zu lassen, sagt Krajc. In Bosnien sei die Polizeireform das Dringlichste, für Serbien die volle Kooperation mit dem Internationalen Gerichtshof, damit der Assoziierungsvertrag unterzeichnet werden könne. Auf dem besten Wege in die EU sei Kroatien. Slowenien wolle den kroatischen Beitritt möglichst weit voranbringen - und dabei bilaterale Konfliktpunkte ausklammern: So ist der Grenzverlauf zwischen den beiden ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken weiter strittig, denn besonders die Seegrenze im Norden Istriens ist von wirtschaftlicher Bedeutung.

Obwohl die Agenda für die slowenische EU-Präsidentschaft im Detail erst kommende Woche in Brüssel vorgestellt werden soll, zeichnen sich die Schwerpunkte bereits ab. Vor zwei Jahren verabredete das Trio aus Deutschland, Portugal und Slowenien noch ein 18-Monats-Programm, das zwölf Hauptpunkte umfasste. Inzwischen sind davon aber nur noch vier Kapitel offen, nachdem auch die Verfassungsfrage praktisch vom Tisch ist. Ljubljana sieht sich hier nur noch in der Pflicht, die Ratifizierung des Reformvertrags voranzutreiben. «Sieben Jahre nach Nizza kann nun endlich die Selbstbeschäftigung mit institutionellen Fragen aufhören», sagt Krajc.

Neben dem Erweiterungsprozess Richtung Westbalkan bleiben somit noch drei weitere Schwerpunkte für die slowenische Präsidentschaft. Zum einen beginnt im Zuge der Lissabon-Strategie, welche die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt machen soll, der dritte und letzte Dreijahres-Zyklus; als schwierigste Aufgabe sieht Krajc dabei, die Erreichung der ehrgeizig formulierten Umweltziele voranzubringen.

Bei der gemeinsamen Außenpolitik fallen Gipfeltreffen der EU mit

Japan, mit Lateinamerika (in Lima) und mit Russland unter den Vorsitz von Ljubljana, wobei Wirtschaftsbeziehungen, die Energieversorgung und Sicherheitspolitik die Tagesordnung beherrschen. Auch das Kosovo-Dossier wird die Präsidentschaft weiter beschäftigen. Aber trotz der eigenen jüngsten Geschichte will Slowenien zum Unabhängigkeitsstreben der abtrünnigen serbischen Provinz keine profilierte Position einnehmen. «Die EU muss hier mit einer Stimme sprechen. Das ist unser einziges Credo in dieser Frage», sagt ein hoher Vertreter des Außenministeriums, der namentlich nicht genannt werden will.

Viertens schließlich wurde 2008 von Parlament und Kommission zum «Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs» ausgerufen - ein «horizontales Dossier», das in allen genannten Aktionsfeldern seinen Niederschlag finden soll. Als konkretes Projekt wird hierbei die Mittelmeer-Universität genannt, ein bestehendes Netzwerk von mehr als 50 rund ums Mittelmeer gelegenen Hochschulen, das dann auch die besondere Aufmerksamkeit der nachfolgenden französischen Präsidentschaft erfahren dürfte.

ncw/ju
AFP
:110606 DEZ 07